

Blaue Schafe erobern den Schlossgarten

Nur heute grast hier die „Herde“

hö. Für heute haben sich eine Menge leuchtend blaue Schafe im Schlossgarten angekündigt – die Schafaktion ist ein Teil eines landesweiten Kunstprojekts der Staatlichen Schlösser und Gärten, die gestern im Mannheimer Schloss begann und am Sonntag im Bruchsaler Schloss fortgeführt wird.

Ausgestellt ist jeweils zwischen 11 und 18 Uhr eine blaue Friedensherde, ein Projekt der beiden rheinischen Künstler Ber-tamarie Reetz und Rainer Bonk. Sie werben damit bereits seit über elf Jahren für den Frieden und machten mit ihren Blauschafen unter anderem schon vor dem EU-Parlament in Straßburg oder den Landtagen in Düsseldorf oder Kiel Station. Zum Dank und als Erinnerung bleibt eines der Kunsharz-Schafe in der Stadt – und so entsteht eine imaginäre Friedensherde. Die beiden Künstler geben an, dass sie die Farbe blau gewählt haben, um einerseits aufzufallen, andererseits aber auch die Botschaft zu verkünden „Alle sind gleich, jeder ist wichtig.“



Die blauen Schafe – ein Kunstprojekt zweier rheinischer Künstler – „grasen“ heute zwischen 11 und 18 Uhr im Schlossgarten. Foto: Privat

HINTERGRUND

> Ende des Jahres 2015 verlässt der letzte GI Heidelberg. Nach bisherigen Erkenntnissen soll Patrick Henry Village zuletzt geräumt werden. Schon jetzt ist der Holbeinring (Rohrbach) an den Bund zurückgegeben, dort wohnen für zehn Jahre Studenten.

> Mark Twain Village in der Südstadt soll teilweise als nächstes geräumt werden. Ab Herbst veranstaltet die Stadtverwaltung Bürgerworkshops, um dort Nutzungskonzepte (wahrscheinlich vor allem Wohnen) zu erarbeiten.

> Die Stadtspitze setzt auf Kooperation mit dem Verkäufer Bundesregierung, lässt aber auch schon einmal mit dem Gemeinderat die Muskeln spielen. So wurden „Vorbereitende Untersuchungen (VU)“ beauftragt, die am Ende in der „Entwicklungsmaßnahme“ und damit einer Quasi-Enteignung des Bundes stehen könnten – aber nicht müssen. Denn auch eine „Sanierungsmaßnahme“ (ohne Enteignung) benötigt diese VU.

> Eine Entwicklungsmaßnahme wird von der Stadtspitze kritisch gesehen, weil sie nur bei absolutem Düssens anzuwenden ist und gerichtlich Bestand haben muss. Zudem müsste die Stadt dann die Flächen alle kaufen. mün

Der Mieterverein wollte bei einer Podiumsdiskussion wissen, wie auf den US-Flächen bezahlbarer Wohnraum entstehen soll

Von Götz Münstermann

Es war für Oberbürgermeister Eckart Würzner ein Eiertanz: Warum kauft die Stadt nicht alle frei werdenden US-Flächen? Warum wird der Bund nicht mit einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme gezwungen, zu günstigeren Preisen die Liegenschaften an Heidelberg zu verkaufen? Auch wenn einige der 200 Besucher der Mietervereins-Podiumsdiskussion „Wie viele bezahlbare Wohnungen gibt es nach der Konversion der US-Flächen?“ glaubten, Würzner habe sich bewegt: Die Frage, ob und wie viel preisgünstige Wohnungen auf den 180 Hektar Land entstehen, die blieb unbeantwortet.

Neben Würzner saß auf dem Podium der zukünftige Verkäufer der Flächen, Michael Scharf von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima). Und wenn der höre, dass Heidelberg alle oder viele Flächen komplett kaufen wolle, dann schwäche das die Verhandlungsposition der Stadt. Scharf wiederum machte klar, dass er die Flächen für den Bund „wirtschaftlich verwerthen muss“, das ist der ge-

setzliche Auftrag. Weil Heidelbergs Ruf weit vorausseile, „bekomme ich Anrufe von Investoren aus der ganzen Welt“, merkte er an. Und brachte damit das Publikum in Wallung. Aber: Er wolle nicht auf Teufel komm raus Höchstpreise durchsetzen, denn „es wäre unsinnig, kurzsichtig und kleinkariert gegen die Stadt zu arbeiten“, so Scharf.

Bleibt also die Frage: Wie verhindert man, dass die Preise der frei werdenden Flächen und Gebäude in den Himmel schießen? Würzner plädierte dafür, die Wohnliegenschaften so zu belassen, wie sie sind: Die großzügigen Freiflächen zwischen den Gebäuden bleiben erhalten, werden nicht nachverdichtet, damit würden die Areale unattraktiv für Investoren. Dementsprechend wäre der Preis, den die Bima für den Bundeshaushalt herauszuschlagen könne, niedriger, die Mieten wahrscheinlich günstiger.

Ähnlich argumentiert Till Schweizer, der die Architektenkammer auf dem Podium beim Mieterverein vertrat: Die Häuser der US-Army seien zwar in keinem schlechten Zustand, aber nicht nach deutschem Recht gebaut. Wollte man die Ge-

bäude nach der Rückgabe auf deutschen Standard bringen, würde das Kosten wie bei einem Neubau verursachen. Die Konsequenz: Würde Heidelberg über sein Planungsrecht die Maßstäbe hoch setzen, würde es sich für Investoren wenig lohnen, oder aber die Mieten würden sehr hoch. So warb Schweizer dafür, die Liegenschaften erst einmal so zu nehmen, wie sie sind, und dann etwa für zehn Jahre zwischenzunutzen. In dieser Zeit solle man mit den Erkenntnissen aus der Internationalen Bauausstellung die Entwicklung der Stadt und der US-Flächen neu ausrichten. So hätte Heidelberg alle Optionen und weniger Zeitdruck. Reiner Wild vom Deutschen Mieterbund empfahl den Heidelbergen, bei Schwierigkeiten mit der Bima die haushaltspolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen einzuschalten. Denn, so seine Erfahrung, deren Druck auf die Bima könne vor Ort helfen.

Letztendlich war die viel gestellte Frage, warum Heidelberg nicht als Käufer auftrrete und damit die Steuerung über die Wohnflächen vergrößere. Architekt Schweizer sagte, er würde sich wünschen, dass Heidelberg als „Marktakteur“ auf-

tritt, um den Bürgerwillen durchzusetzen, also auch, um Flächen zu kaufen. Würzner betonte, dass es sich bei den US-Flächen nicht etwa um einen Truppenübungsplatz, sondern um eine ganze Stadt handele. Die könne Heidelberg nicht einfach so kaufen. Außerdem läge es nicht im Interesse der Stadt, beispielsweise das Airfield zu kaufen. Er könne sich Kaufengagement in einzelnen Quartieren vorstellen, und zwar über die stadtige Wohnungsbaugesellschaft GGH. Man müsse aber bedenken: Wenn es zu einer Wanderungsbewegung innerhalb Heidelbergs in die US-Flächen käme, dann müssten vielleicht „in weniger attraktiven Stadtteilen leer stehende Gebäude abgerissen werden“. Würzner setzt auf die Steuerung durch das Planungsrecht und nur bei mangelnder Kooperation der Bima soll eventuell eine Entwicklungsmaßnahme kommen.

Also wird es bezahlbaren Wohnraum auf den US-Flächen geben? Für den Mietervereinsvorsitzenden Lothar Binding nur, wenn Bima und Stadt verhandeln, ohne sich vom Markt unter Druck setzen zu lassen. > Hintergrund

In Kirchheim wäre der Reiterverein willkommen

Bezirksbeirat stimmte für eine Ansiedlung am US-Airfield – Pfaffengrunder sind allerdings dagegen

tt. Mit so einem Ergebnis hatte niemand gerechnet: In der Diskussion über einen neuen Standort für den Heidelberger Reiterverein hat der Bezirksbeirat Kirchheim überraschend für eine Ansiedlung des Vereins im Gewann „Auf der Schwetzinger Bahn“ am US-Airfield gestimmt – wenn auch nur mit knapper Mehrheit. Die Bezirksbeiräte aus dem Pfaffengrund lehnten eine Verlagerung auf die Ackerfläche südwestlich des Flugplatzes allerdings ab. Bereits in der letzten Woche hatte der Bezirksbeirat Wieblingen eine Verlagerung ins Gewann „Wolfsgärten“ am Autobahnkreuz abgelehnt.

„Es geht für den Verein um Sein oder Nichtsein“, fasste Alfred Schmölders (CDU) die Entwicklungen zusammen. Er sei für den Fortbestand des 1926 gegründeten Clubs, und wenn dafür die Kirchheimer Fläche am Airfield nötig sei, dann sei er dafür, dieses Gelände mit in die Überlegungen einzubziehen. „Ich bin dagegen, den Verein totzumachen, der Reiterverein hat ein Existenzrecht“, brach auch Rolf Würtele („Die Heidelberger“) eine Lanz für den Verein, der nach einem gerichtlichen Vergleich mit der Stadt bis Ende 2013 sein Gelände am Zoo vollständig räumen muss. Der Standort „Auf der Schwetzinger Bahn“ sei der einzige Standort, bei denen Dritte nicht beeinträchtigt würden. „Die Ansiedlung und die Entwicklung der Bahnhstadt passen außerdem gut zusammen“, sagte Würtele.

Für den Kirchheimer Stadtteilverteilvorsitzenden Jörn Fuchs sprechen allerdings drei Gründe gegen den Reiterverein am Flugplatz: „Die Ackerfläche dort wird erstmals intensiv bewirtschaftet, der Reiterverein will zweitens gar nicht südlich des Neckars siedeln, und drittens gibt es in Kirchheim bereits zwei Reitervereine.“ Auch sein Kollege Heinz Schmitt aus dem Pfaffengrund wehrt sich gegen

eine Umsiedlung: „Das Ackerland ist hier genauso gut wie in Handschuhsheim, und unsere Bauern sind genauso betroffen.“ Handschuhsheim könnte nicht immer Nein sagen, so Schmitt. Der Reiterverein favorisiert das Gewann „Schänzel“ am Rande des Handschuhsheimer Feldes für seine neue Reitsportanlage. Das „Schänzel“ bietet die besten Voraussetzungen für den Verein, findet auch Marion Koch (GAL).

„Die Handschuhsheimer wollen den Reiterverein totmachen, weil sie keinen Quadratzentimeter hergeben wollen“, ärgert sich Emmerich Martin (SPD). Nun solle es den Pfaffengrund und Kirchheim treffen, obwohl das Areal „Auf der Schwetzinger Bahn“ das Wertvollste von den drei zur Entscheidung anstehenden Standorten sei. „Es handelt sich hier um eine schutzbedürftige Fläche für die Landwirtschaft“, so Martin. Der Standort „Auf der Schwetzinger Bahn“ habe zudem eine miserable Nahverkehrsanbindung, fügte Claus Wichmann (SPD) hinzu. „Ich halte das für einen schlechten Deal“, sagte er. Zuerst habe man dem Pfaffengrund die Werkrealschule gestrichen, stattdessen solle man nun eine Reitschule bekommen. „Ich halte diese Investition für nicht sinnvoll, weil das Schicksal des Airfields im Konversionsprozess noch offen ist“, erklärte Bruno Krüger (SPD). Ulrike Duchrow (Grüne) hält es zwar für wichtig, dem Verein ein Ersatzgelände anzubieten, es sei aber ungünstig, „durch den Reiterverein am Airfield Fakten zu schaffen“.

Am Ende stimmten sechs Kirchheimer Bezirksbeiräte von CDU und den „Heidelbergen“ für die Verlagerung, fünf dagegen, zwei enthielten sich. Im Pfaffengrund stimmten die drei CDU-Räte ebenfalls dafür, sechs dagegen, einer enthielt sich.

Familie im Fokus

Heiß diskutiert: Gesunde Ernährung, Internetsicherheit, Pflegevorsorge.

Probleme benennen, Antworten finden: Wir laden Sie herzlich ein zu unserer Vortragsreihe über die aktuellen Herausforderungen, die heute an Familien herangetragen werden.

Kinder, Jugendliche und die Familienältesten stehen im Fokus der folgenden kostenlosen Veranstaltungen, für die Sie sich in unseren Filialen anmelden können.

Die Vorträge zu den Kinder- und Jugendthemen finden jeweils am gleichen Ort hintereinander statt, so dass sie gut zusammen gebucht werden können.

Wir freuen uns, Sie zu den Vorträgen mit anschließender Diskussion zu begrüßen. Getränke und ein kleiner Imbiss stehen bereit.

Weitere Informationen finden Sie auch auf unserer Homepage www.sparkasse-heidelberg.de

Sie sind herzlich eingeladen:

Wie Essverhalten im Kindesalter geprägt wird

Kurzvortrag: Di, 26.06.2012 Filiale Schwetzingen
Mi, 04.07.2012 Filiale Hockenheim
Mo, 09.07.2012 Filiale Kurfürstenanlage
Di, 17.07.2012 Filiale Neckargemünd

Internetssicherheit

Kurzvortrag: Di, 26.06.2012 Filiale Schwetzingen
Mi, 04.07.2012 Filiale Hockenheim
Mo, 09.07.2012 Filiale Kurfürstenanlage
Di, 17.07.2012 Filiale Neckargemünd

Pflegevorsorge mit der Sparkasse Heidelberg

Fachvortrag: Mo, 25.06.2012 VHS Schwetzingen
Mo, 02.07.2012 Filiale Hockenheim
Do, 12.07.2012 Filiale Kurfürstenanlage
Do, 19.07.2012 Filiale Neckargemünd

Sparkasse Heidelberg

www.sparkasse-heidelberg.de

Hetze im Briefkasten

Pamphlet in Handschuhsheim

hö. In vielen Briefkästen in Handschuhsheim lag in den letzten Tagen ein fremdenfeindliches Flugblatt, das „Schluss mit Multi-Kulti“ fordert. Als Verantwortlicher dieses Pamphlets wird ein Wolfgang Freund aus Sandhausen angegeben, der allerdings nicht im Telefonbuch steht. Als Adresse ist eine Postfachadresse des „Aufbruchs Deutschland“ in Weinheim angegeben. Dahinter steckt angeblich der NPD-Aktivist Stefan Wollenschläger, der als Ziehsohn des mehrfach vorbestraften Rechtsextremisten Günther Deckert gilt. Bisher ist nur bekannt, dass seit zwei Wochen die Postkarte mit fünf angeblichen Fakten über Ausländer oder Bürger mit Migrationshintergrund flächenmäßig in Handschuhsheim verteilt wird. Eine ganze Reihe von Handschuhsheimern wollte sich diese „stark fremdenfeindlich gefärbte Wurfpost“ nicht bieten lassen, startete eine Unterschriftenaktion dagegen, schickte gestern einen Leserbrief an die RNZ und erstattete bei der Polizei Anzeige, um dagegen „ein klares und öffentlich vernehmbares Nein zu setzen“.